

# Presseinformation

Frei zur Veröffentlichung: sofort  
Datum: 11.05.2009



## Erbpacht statt Grundstückskauf

SPD fordert städtisches Alternativangebot für junge Familien

**Nach dem Willen der SPD soll die Stadt Rödermark jungen Familien als Alternative zum Kauf eines Grundstückes auch Grundstücke in Erbpacht zur Verfügung stellen. Die Festsetzung der Höhe des Erbpachtzinses und die Modalitäten zur Zahlung des Erbpachtzinses sollen so gestaltet werden, dass jungen Familien mindestens in den ersten zehn Jahren nach Abschluss der Verträge keine Belastung aus der Nutzung des Grundstückes entstehen. Der Magistrat soll dem Wunsch der SPD folgend Eckpunkte entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorlegen.**

„Die Belastung der Bauherren ist in den ersten Jahren erfahrungsgemäß am höchsten“, so SPD-Fraktionsmitglied Luigi Delle Donne. Die Finanzierung des Baus eines eigen genutzten Hauses setze immer voraus, dass die regelmäßigen finanziellen Belastungen aus dem Bau durch die Bauherren aus laufenden Einkommen getragen werden können. Daher sei die Erbpacht statt Grundstückskauf für Schwellenhaushalte der deutlich einfachere und bessere Einstieg in den Erwerb von eigen genutztem Wohnraum und könne diesen in den ersten Jahren wesentlich erleichtern.

Die Modalitäten der Erbbaurechtsverträge der Stadt sollten nach Auffassung der SPD so gestaltet sein, dass die Bauherren in den ersten Jahren nach dem Bau finanziell stärker entlastet werden, als dies durch den Verkauf der Grundstücke zu einem subventionierten Grundstückspreis der Fall wäre. Gleichzeitig sollten Finanzierungsmodelle gefunden werden, die dieses Ziel erreichen, aber in der Summe die Erlöse der Stadt nicht verringern. Delle Donne betonte hierbei, dass es vielen Familien eher möglich ist, am Ende der Tilgung eine höhere Rate zu zahlen als bei Baubeginn, bei dem jeder Cent und Euro zähle. Dieses sei die Grundidee, die sich hinter diesem Antrag verberge.

In der jetzigen Zeit müssten daher aus Sicht der SPD-Fraktion pfiffige Finanzierungsideen geschaffen werden, die dem Ziel, jungen Familien attraktive und finanzierbare Flächen zur Schaffung von selbstgenutztem Wohnraum zur Verfügung stellen zu können, näher kämen. Die SPD bezeichnete ihr Vorgehen als eine solche Idee und forderte den Magistrat auf, nun auch pfiffige Eckpunkte in dieser Alternativfrage zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung zur endgültigen Beschlussfassung vorlegen.

Bei Rückfragen oder für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an den Fraktionsvorsitzenden der SPD:

Armin Lauer  
Mobil: 0173 – 301 61 61  
Email: [lauer@spd-roedermark.de](mailto:lauer@spd-roedermark.de)